



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

14. Januar 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich wünsche Ihnen ein frohes, erfolgreiches und vor allem ein gesundes neues Jahr! Ich hoffe, Sie sind gut reingekommen. Mir hat die feiertägliche Auszeit (ich war wieder über die Feiertage auf den Kanaren) sehr gut getan. Jetzt freue ich mich, mit neuer Energie weiterzuarbeiten. Und es gibt viel zu tun - der Blick auf unser Arbeitsprogramm der kommenden Monate macht deutlich: **Die SPD bleibt auch 2015 die treibende Kraft in der großen Koalition. Wir werden zügig weitere Punkte des Koalitionsvertrages umsetzen.** Ganz oben auf der Agenda stehen die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen, die Verbesserung der Situation von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern sowie der Einsatz für die Lohngleichheit von Frauen und Männern.

Auf unserer Klausur zum Jahresauftakt haben wir auch diskutiert, welche Themen die Bürgerinnen und Bürger über die Vorhaben im Koalitionsvertrag hinaus bewegen. Im Mittelpunkt unserer Diskussion stand dabei die Generation der 30 bis 50 Jährigen, die durch Beruf, Kindererziehung, Pflege der eigenen Eltern und Sorge um die eigene Absicherung im Alter besonders stark beansprucht ist. Ihre Bedürfnisse wollen wir stärker in den Blick nehmen.

Schön, dass Sie so zahlreich an dem Preisrätsel meines Weihnachtsbrief teilgenommen haben. Das richtige Lösungswort lautete „Lebkuchen“ - insgesamt 21 Einsender hatten es richtig gelöst. Die Gewinner wurden heute ausgelost. **Doris und Dieter Fornoff aus Darmstadt hatten das Losglück und haben zwei Plätze für eine meiner drei mal jährlich stattfindenden Berlinfahrten gewonnen! Herzlichen Glückwunsch!** Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Wenn Sie weiterhin Interesse an einer Fahrt nach Berlin haben, können Sie sich jederzeit an mein Büro wenden.

Viel Spaß beim Lesen und eine gute Woche wünscht

Euse / Ihre Brigitte Zypries

+++ Veranstaltungshinweis+++

Industrie 4.0 - die Fabrik der Zukunft

Die industrielle Revolution begann mit der Einführung der Dampfmaschinen. Später wurde die Fließbandproduktion eingeführt, danach begann der Einsatz der Informationstechnologie in den Fabriken. Nun ist die „Smart Factory“, die ohne menschliche Eingriffe funktioniert, auf dem Vormarsch. Doch was heißt das - „Industrie 4.0“?

Am **22. Januar um 18.00 Uhr** referiert **Prof. Dr. Wolfgang Wahlster** zum Thema „Industrie 4.0: Das Internet der Dinge kommt in die Fabriken“. Ich habe den Vortrag schon mal gehört - er ist sehr anschaulich! Die Veranstaltung ist kostenlos und findet im großen Saal der **IHK Darmstadt in der Rheinstraße 89** statt. Eine Anmeldung per E-Mail wird erbeten:
brigitte.zypries.wk@bundestag.de



+++ Girl's Day +++

Teilnehmerin gesucht!

Die SPD-Bundestagsfraktion lädt jedes Jahr am Girl's Day am 23. April rund 80 Schülerinnen ins politische Berlin ein, organisiert ein umfangreiches Rahmenprogramm und bietet den interessierten Mädchen die Möglichkeit, direkt mit Abgeordneten über ihnen wichtige Themen zu sprechen.

Auch dieses Jahr hat wieder ein Mädchen aus meinem Wahlkreis die Möglichkeit, an diesem Programm teilzunehmen und so in die Berliner Politik „reinzuschnuppern“.

Bewerben können sich Schülerinnen der 8. bis 10. Klasse. Abfahrt ist am 22. April. Unterbringung, Verpflegung sowie An- und Abreise sind für die Teilnehmerin kostenlos. **Bewerbungen bitte bis zum 20.01.15 per Mail an: brigitte.zyprides@bundestag.de**

„Je suis Charlie“ - Freiheit und Demokratie entschlossen verteidigen

Die ersten Bilder dieses Jahres waren erschütternd. **Wir alle haben die Ereignisse in Paris rund um den terroristischen Angriff auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ mit Entsetzen und Trauer beobachtet. Zugleich haben sie uns in unseren Werten der Demokratie und der offenen Gesellschaft bestärkt.** Auf der gestrigen Mahnwache vor dem Brandenburger Tor - an der auch ich teilgenommen habe - haben tausende Politiker, Vereinigungen und Bürger gemeinsam ein Zeichen für den Frieden gesetzt. Wir stehen fest an der Seite der überwältigenden Mehrheit der friedlich lebenden Muslime in unserem Land. Sie sind ein fester Teil unserer Gesellschaft und gehören zu uns! **Bundespräsident Joachim Gauck hat es auf der Mahnwache sehr schön formuliert: „Die Terroristen wollten uns spalten. Erreicht haben sie das Gegenteil. Sie haben uns zusammengeführt.“**

Die Bundesregierung hat zugleich bereits erste Maßnahmen ergriffen, um den Schutz vor Terror wirksam zu verstärken. Heute hat das Kabinett bereits ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die Reise von Islamisten in Terrorcamps härter unter Strafe stellt. Auch wird künftig jegliche finanzielle Unterstützung von Terrororganisationen, etwa durch Spenden, strafbar sein. Zudem werden die rechtlichen Grundlagen geschaffen, damit ausreisewilligen Dschihadisten der Personalausweis entzogen werden kann.

Begleitend zu den Maßnahmen zur akuten Terrorabwehr bedarf es jedoch einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, um eine weitere Radikalisierung junger Menschen in Deutschland und Europa schon in den Anfängen zu verhindern. Der Etat für das Präventionsprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ wurde bereits vor den Anschlägen um 10 Mio. Euro auf 40,5 Mio. Euro aufgestockt. Damit ist die Radikalisierungsprävention gegen gewaltorientierten Islamismus, Salafismus und Antisemitismus ein weiterer zentraler Schwerpunkt des neuen Bundesprogramms geworden. Jeder kann etwas für mehr Zusammenhalt und gegen die Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen tun. Das hat auch Gauck in seiner Rede deutlich gemacht: „Vielfalt braucht Begegnung. Die Distanz zwischen Einwanderern und Einheimischen, die Distanz auch zwischen Eingewanderten unterschiedlicher Herkunft wird noch zu selten überwunden. So, wie wir heute hier zusammenstehen, so wünsche ich mir die gesamte Gesellschaft. (...) **Wir lassen uns nicht auseinander dividieren. Jeder und jede nehme sich selbst in die Pflicht, ein jeder an seinem Platz, ein jeder auf seine Art.“**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker*

Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren in den Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada

[TTIP](#) und [CETA](#) - diese durch die EU auszuhandelnden Freihandelsabkommen bergen für viele Menschen die Sorge vor der großen Einfuhr unliebsamer Produkte sowie der Absenkung von Verbraucher- und Sozialstandards. **Ein wesentlicher Kritikpunkt an beiden Abkommen sind die Regelungen zum Investitionsschutz, insbesondere der für beide Abkommen vorgesehene Streitbeilegungsmechanismus der Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS).** Gegen diese Verfahren in den Abkommen richten sich zwei Anträge der Oppositionsfraktionen, die am Freitag im Bundestag beraten werden

Auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und ich haben die Vorschriften zum Investitionsschutz kritisiert und die EU-Kommission in Bezug auf CETA zur Nachverhandlung aufgefordert. **Zugleich hat uns das zu dem Thema vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene [Gutachten](#) viele Sorgen genommen.** Denn es stellt klar, dass die Anspruchsvoraussetzungen für Geldentschädigungen und Schadensersatz an Investoren sogar höher sind als nach nationalem Recht. Auch bei der Berechnung der Höhe des Schadensersatzes gelten ähnliche Regelungen wie nach nationalem Recht - es können also nicht etwa viel höhere Summen eingeklagt werden, wie teilweise behauptet. **Für uns gilt daher bei aller berechtigten Kritik: Mit den derzeit in CETA getroffenen Regelungen können wir leben. Sicher bleibt vieles verbesserungsbedürftig. Die Verfahren müssen transparenter sein, Öffentlichkeit zulassen und eine objektive Zusammensetzung der Schiedsgerichte gewährleisten. Allerdings hat dies auch die Europäische Kommission eingesehen und ist derzeit dabei, die besagten Regelungen zu überarbeiten.** Ich finde hier sollte mit Ehrgeiz zur Sache gegangen werden, denn schließlich ist CETA das erste Abkommen dieser Art, dass von der Kommission verhandelt wurde. Es bietet die Möglichkeit neue Standards in der Ausgestaltung des Investitionsschutzes zu setzen, diesen erheblich zu optimieren und zu modernisieren.

Die knapp 150.000 Antworten auf die Öffentliche Befragung zu TTIP sind bei der Entwicklung guter Vorschläge sicher eine Hilfe - **auf Grund der massiven Kritik aus der Bürgerschaft hatte die Kommission 2014 für TTIP ein Konsultationsverfahren zu ISDS durchgeführt, an der sich jedermann beteiligen konnte. Erst gestern hat die neue Handelskommissarin Cecilia Malmström die [Ergebnisse der Befragung](#) vorgestellt,** ohne bereits konkrete Änderungsvorschläge für die geplanten Regelungen zum Investitionsschutz zu nennen. Diese sollen in den nächsten Monaten entwickelt und vorgestellt werden.